

Wenn Bürger selbst den Plan begutachten

Die geplante Gründung von Stadtwerken in Stuttgart soll nicht nur energiepolitisch ein Novum für die Landeshauptstadt werden – sondern auch in Sachen Bürgerbeteiligung. Ein Verein strebt dies mithilfe eines Verfahrens an, das in Baden-Württemberg kaum bekannt ist: Planungszellen.

Von Jürgen Schmidt

STUTTGART. Eine Arbeitsgruppe „Bürgergutachten durch Planungszellen“ und der Verein „Kommunale Stadtwerke“ setzt sich in der Landeshauptstadt für ein besonderes Beteiligungsverfahren bei der geplanten Stadtwerke-Gründung ein, die der Gemeinderat am Donnerstag behandelt hat. Was hinter diesem Konzept steckt, wollen sie auf einer Tagung am morgigen Samstag in Stuttgart vorstellen.

Das Verfahren Planungszelle wurde in den 1970er-Jahren vom Wuppertaler Soziologen Peter Dienel entwickelt. Es soll den Bürgern in einem klar strukturierten Prozess die Möglichkeit geben, ihre Meinung und Kompetenz, aber auch ihre Bedenken konstruktiv in einen politischen Entscheidungsprozess einzubringen. Das Verfahren wurde in den vergangenen Jahrzehnten in anderen Bundesländern, aber auch im Ausland hundertfach eingesetzt, zum Teil auch auf Landesebene.

Planungszelle ist eine besondere Form der Bürgerbeteiligung

Die Planungszelle unterscheidet sich von anderen Formen der Bürgerbeteiligung bereits durch die Auswahl der Teilnehmer: Sie beschränkt sich nicht auf Menschen, die sich schon mit dem Thema – im Stuttgarter Fall also der Stadtwerke-Gründung – beschäftigt haben.

Stattdessen werden die „Bürgergutachter“ nach einer Zufallsstichprobe aus allen Einwohnern ausgewählt. „Sie bekommen durch die Planungszellen ein neues repräsentatives Bild der Bürgermeinung“, sagt der Politikwissenschaftler Hans Lietzmann, der seit 2004 als Nachfolger Dienels die Forschungsstelle Bürgerbeteiligung an der Bergischen Universität Wuppertal leitet. Das bringe eine hohe Legitimation der Ergebnisse. Zudem stelle diese Form der Auswahl sicher, dass nicht nur die Meinung der „üblichen Verdächtigen“, die sich seit Jahren mit dem jeweiligen Thema beschäftigen, in das Bürgergutachten einfließe.

Planungszellen eignen sich laut Lietzmann vor allem für Themen,



Umspannwerk Feuerbach: Die Stadt Stuttgart will die Stromversorgung bald wieder in eigener Regie übernehmen. FOTO: SCHMIDT

bei denen Expertise eine große Rolle spielt oder verschiedene Konzepte existieren. Die inhaltlichen Details und unterschiedlichen Ansätze vermitteln Fachleute den Bürgergutachtern in den Planungszellen-Sitzungen, die an vier Tagen en bloc stattfinden. Die Teilnehmer werden in dieser Zeit von ihrer Berufstätigkeit freigestellt und vom Auftraggeber des Bürgergutachtens vergütet.

Weniger günstig ist das Verfahren für Planungen, in denen Visionen gefragt sind, erläutert der Wuppertaler Wissenschaftler. Da eigne sich eine Zukunftswerkstatt besser.

Für die Stadtwerke-Gründung in Stuttgart hält Lietzmann Planungszellen aber für eine ideale Beteiligungsform. Doch die politische Führung der Landeshauptstadt sieht das anders. „Planungszellen halten wir in diesem Zusammenhang für wenig hilfreich. Die Komplexität passt nicht zu diesem Partizipationsverfahren“, teilt ein Stadtsprecher auf Anfrage mit. Und Oberbürgermeister Wolfgang Schuster (CDU) hat es abgelehnt,

die Schirmherrschaft für die Tagung am Samstag zu übernehmen.

Die Komplexität des Sachverhaltes lässt der Politologe als Einwand nicht gelten. In Aachen sei ein Bürgergutachten zum Abfallkonzept der Stadt durch Planungszellen erarbeitet worden, einschließlich technischer und logistischer Fragen. Das liege in der Komplexität auf dem Niveau der Stadtwerke-Gründung. Lietzmann: „Das Verfahren hat wunderbar funktioniert.“

Neues Konzept wird von Verwaltung und Gemeinderat nicht unterstützt

Nicht nur die Stadtverwaltung, sondern auch die Gemeinderatsfraktionen – mit Ausnahme der Linken/SES – stehen diesem Bürgerbeteiligungskonzept bislang reserviert gegenüber, wie Astrid Koppenhöfer und Michael Fuchs von der Arbeitsgruppe sagen. Hoffnungen, dass die Stadt das Bürgergutachten von sich aus in Auftrag gibt, haben sie nicht mehr. Der Verein „Kommunale Stadtwerke“ sei deshalb bereit, von sich aus aktiv zu werden, sagt Fuchs.

Man wolle mit den Planungszellen mehr Transparenz in den Entscheidungsprozess bringen. Denn bislang seien viele Fragen zum Thema Stadtwerke-Gründung aus Sicht der Bürger noch offen. Auf den Verein kommen damit Kosten von rund 50 000 Euro zu. Wenn der Verein die Uni Wuppertal in den kommenden Wochen mit der Durchführung der Planungszellen beauftragt, könnte das Bürgergutachten schon im Sommer vorliegen.

Die Arbeitsgruppe „Bürgergutachten durch Planungszellen“ sieht die Stadtwerke-Gründung in Stuttgart als Modellfall, Baden-Württemberg in Sachen Bürgerbeteiligung aber bisher auf dem falschen Weg. Bei der Diskussion um Mitwirkungsformen gehe es nahezu ausschließlich entweder um Abstimmungsverfahren oder um Modelle, bei denen sich lediglich Betroffene oder „die immer gleichen Interessierten“ beteiligen. Neue Sichtweisen oder Problemlösungen würden so ausgeschlossen.

Trotz der ablehnenden Haltung der Stadt gehen weder Lietzmann noch die Stuttgarter Initiatoren davon aus, dass die Arbeit der Planungszellen umsonst ist. Bislang hätten Verwaltungen die Bürgergutachten stets beachtet, sagt der Hochschullehrer aus Wuppertal.

MEHR ZUM THEMA

Das Programm der Tagung „Bürgergutachten durch Planungszellen“ am Samstag, 14. Mai, ist abrufbar unter: www.kommunale-stadtwerke.de